

# „Wir wollen den Reaktor“

Eine große Koalition aus Sozialdemokraten und Bundesregierung will Ostdeutschland zu Europas führender Atomtechnologieregion aufrüsten: Ein Fusionsreaktor soll nach Mecklenburg-Vorpommern, schon in Kürze geht dort das europaweit größte Zwischenlager für Atommüll in Betrieb, etliche Endlagerstätten werden erkundet.

Auf den Landkarten der Energiewerke Nord in Greifswald ist die Zukunft schon klar zu erkennen: Ein blasser Gelbton markiert nördlich der alten Atomkraftwerke eine mehrere Hektar große Fläche. Wo heute noch ein unbefestigter Weg zu einer Sandkuhle führt, soll nach dem Willen des Unternehmens das Fusionsprojekt „Iter“ entstehen.

zeit auf Standortsuche. Deutschland ist dabei ein „leading candidate“ (*Nature*).

Das weckt Begehrlichkeit, besonders im armen Mecklenburg-Vorpommern. „Der Fusionsreaktor ist für uns eine große Hoffnung“, sagt der stellvertretende Ministerpräsident und SPD-Wirtschaftsminister Harald Ringstorff. Die Bundesumweltministerin und CDU-Landesvorsitzende Angela Merkel unterstützt die

Pläne: „Wir wollen diesen Reaktor mit aller Macht.“

Für das Zukunftsprojekt wirkt hinter den Kulissen eine überraschende Koalition. Noch in diesem Frühjahr soll in Bonn eine Runde von Iter-Förderern und Sozialdemokraten wie dem forschungspolitischen Sprecher Wolf-Michael Catenhusen und Technikfan Peter Glotz zusammenkommen. Mecklen-



Das Kürzel steht für Internationaler Thermonuklearer Experimenteller Reaktor. Anders als bei der Kernspaltung soll in dem hochmodernen Experimentierkraftwerk Energie durch Kernverschmelzung gewonnen werden. Ähnlich wie in der Sonne werden dabei die Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium miteinander verschmolzen.

Für den Reaktor, dessen Funktionsweise bereits in mehreren Pilotprojekten weltweit getestet wird, wollen 20 Industriestaaten zwölf Milliarden Mark bereitstellen. Im nächsten Jahrtausend soll mit dem Bau begonnen werden – nur ist noch offen, wo. Um das Kraftwerk konkurrieren die Vereinigten Staaten, Japan, Rußland, und auch die EU ist der-



Nuklearstandort Greifswald, Reaktorbefürworterin Merkel\*: Mit SPD-Hilfe eine

\* Im März 1995 in Gorleben.

burg-Vize Ringstorff hat seinen Parteifreund Gerhard Schröder, niedersächsischer Ministerpräsident und wirtschaftspolitischer SPD-Sprecher, für 1996 zu einem Iter-Briefing nach Schwerin eingeladen.

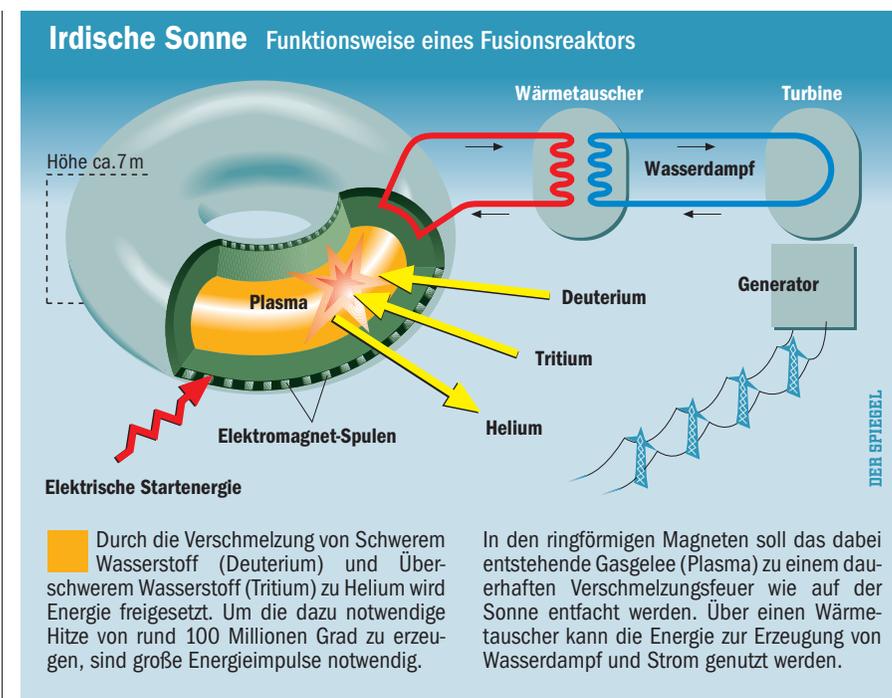
Schon attackieren Sozialdemokraten die Bundesregierung wegen angeblich zu laschen Einsatzes für die Zukunftstechnologie. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Tilo Braune kritisiert das „geringe Stehvermögen“ von Forschungsminister Jürgen Rüttgers. Der CDU-Minister war bei den Haushaltsberatungen eingeknickt und hatte das schon zugesagte Budget für einen Forschungsreaktor zunächst geschoben. Der Minister, so Braune, „schadet dem Aufbau einer Forschungslandschaft Ost“.

Die Atomförderer bringen die Sozialdemokraten in die Klemme. SPD-Chef Oskar Lafontaine kann kaum mehr erklären, wie ernst eigentlich SPD-Parteitagsbeschlüsse zu nehmen sind. In Nürnberg beschloß die Partei im August 1986, aus der Atomenergie „innerhalb von zehn Jahren“ auszusteigen. Vergebens, heute liefern die 19 deutschen Meiler noch immer ein Drittel des gesamten Strombedarfs.

Besonders in Ostdeutschland soll es mit SPD-Hilfe nuklear wieder aufwärtsgehen. Nach der Schließung der risikoreichen Sowjet-Meiler wird insgeheim an einer Weiternutzung der östlichen Atomstandorte gearbeitet. Umweltministerin Merkel hat von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bereits alle potentiellen Gesteinsformationen für Atommüll-Lager erkunden lassen – vom Erzgebirge bis zum norddeutschen Elbufer (siehe Karte).



atomare Auferstehung im Osten



Während in Westdeutschland die Anti-Atom-Bewegung in den siebziger Jahren den Nuklearausbau bremste, während aus Wackersdorf, Mülheim-Kärlich oder Kalkar mittlerweile milliarden-teure Atomruinen wurden, erlebt der Osten eine atomare Auferstehung.

Zwar wollen die Elektrizitätsunternehmen angesichts gesättigter Strommärkte in Europa und ungelöster Entsorgungsfragen gar keine neuen Kernkraftwerke. Aber Reaktorbauer wie Siemens oder die französische Framatome drängen auf Anschlußaufträge, nachdem Schnelle Brüter, Brennele-

mentefabriken oder Wiederaufarbeitungsanlagen nicht mehr gefragt sind. Ohne die Sozialdemokraten mit ihrer Mehrheit im Bundesrat, das wissen die Strommanager, lassen sich diese Wünsche nicht durchsetzen.

Auch ein sogenannter europäischer Sicherheitsreaktor könnte jenseits der Elbe gebaut werden, konzipiert nach neuesten Erkenntnissen. Dieses konventionelle Kraftwerk, bei dem im Falle einer Kernschmelze das glühende Innere aber aufgefangen und abgekühlt werden soll, hatte SPD-Verhandlungsführer Schröder in den gescheiterten

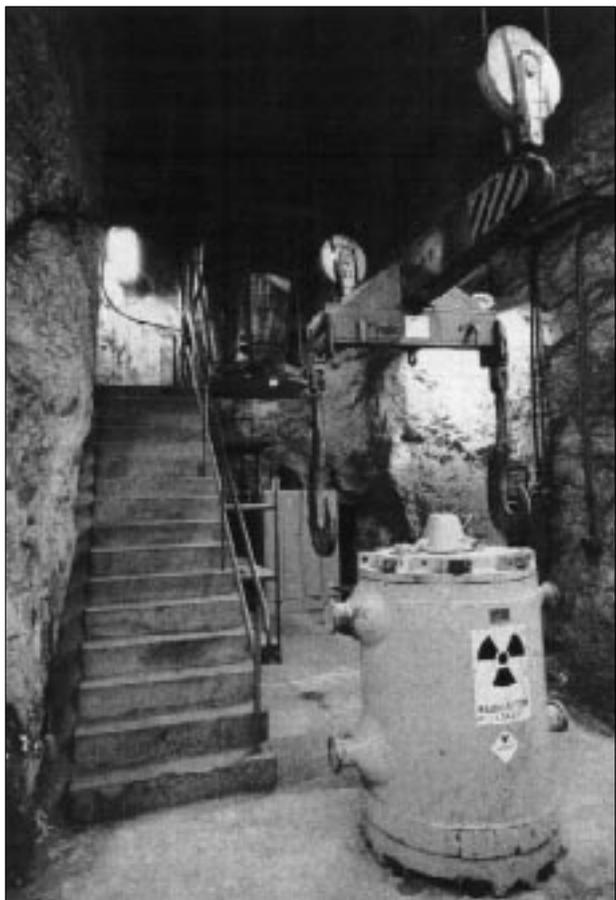
Energiekonsens-Gesprächen zwischen Industrie, Bundesregierung und Umweltverbänden für das nächste Jahrtausend anvisiert. „Im Osten“, sagt ein Sprecher des Kraftwerksbauers Siemens, „gibt es hervorragende Standorte.“

Atomland Ost. In der Tat kann die CDU/SPD-Koalition in Schwerin im internationalen Wettbewerb ein DDR-Erbe nutzen: In Greifswald stehen bereits fünf konventionelle Atom-Meiler sowjetischer Bauart, der letzte wurde 1990 aus Sicherheitsgründen abgeschaltet.

Der Kraftwerkskomplex „Bruno Leuschner“, benannt nach einem Mitglied des ehemaligen DDR-Politbüros,



DPA



W. SCHMIDT / NOVUM

### Atommülllager Morsleben

Durch laxes DDR-Recht genehmigt

ist mit über 280 Hektar Fläche größer als die vier West-Meiler Brokdorf, Biblis, Stade und Philippsburg zusammen. Für den künftigen Fusionsreaktor, so wirbt das Land in einem Ministeriumspapier, stünden schon „Wasserkanal, Kühltürme, Überwachungssysteme, Zwischenlager“ sowie eine „großdimensionierte Feuerlöschanlage“ bereit. Selbst der Widerstand der Umweltschützer scheint kalkulierbar.

Der Iter-Experte Udo Janssen, langjähriger Sprecher des norddeutschen Energiekonzerns PreussenElektra und vorübergehend Berater des Schweriner Wirtschaftsministeriums, erfuhr bei einer Ortsbegehung von einem amtlichen Naturparkschützer: „Die Landschaft ist hier schon so versaut, da könnt ihr den hinbauen. Mit uns geht das.“

Das Iter-Projekt ist nicht der einzige Atomplan, den Bund und Länder im Osten der Republik verfolgen. Besonders für die Lagerung von Atommüll sind die dünn besiedelten Gegenden erste Wahl. In den strukturschwachen Regionen droht wenig Gegenwehr, und an den meisten Stellen können sich die Planer wie in Greifswald die Vorarbeit der DDR zunutze machen:

▷ Per Bundesweisung muß die Landesregierung in Magdeburg den Weiterbetrieb des Atommüllagers in Morsle-

ben dulden, das noch auf Grundlage des laxen DDR-Rechts genehmigt wurde.

- ▷ Als neue Endlagerstätte erkunden die Behörden derzeit den brandenburgischen Teil des Salzstocks von Gorleben und das benachbarte Gülze-Sumte. Auch das Fichtelgebirge, das Erzgebirge und die Halle-Wittenberger Scholle gelten als „untersuchungswürdig“.
- ▷ Das Bundesumweltministerium hat schon im sachsen-anhaltinischen Waddekath einen Salzstock als Ersatz für Gorleben genannt, sollte das westdeutsche Endlager ausfallen.
- ▷ Im sächsischen Rosendorf bei Dresden lagert Strahlenabfall aus Kliniken und wissenschaftlichen Labors.

▷ In einem 1990 abgeschalteten DDR-Reaktor bei Rheinsberg liegen 240 Kernbrennstäbe aus Sowjet-Meilern sowie mittelaktiver Strahlenmüll.

Zentrum des Atomlandes Ost aber wird Greifswald. So hat die Bundesregierung entschieden, daß wichtige Teile der deutschen Fusionsforschung an die Ostsee umziehen. 120 Millionen Mark zahlte die Schweriner Landesregierung schon für Infrastruktur sowie Plasmatechnik und Laborausüstung, ab Herbst 1996 werden 320 Wissenschaftler vorwiegend vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik aus dem bayerischen Garching nach Greifswald wechseln.

Ein kleiner Fusionsexperimentalkern vom Typ „Wendelstein 7-X“ wird dort schon vorbereitet. In einem ringförmigen Tunnel von elf Meter Durchmesser wollen die Forscher demnächst, ähnlich wie beim Iter, Plasma zünden, mehrere Millionen Grad heiß. Auch der Iter wird, wie alle anderen bisher gebauten Fusionsreaktoren, noch keinen Strom erzeugen, sondern zunächst Impulse von ge-

waltigen 600 Megawatt zum Aufbau des Plasmatoms verbrauchen.

Sozialdemokrat Ringstorff will diesen Schritt zur Nutzung der neuen Technologie aus „Gründen des Umweltschutzes“ mitmachen, da „keine atomaren Abfälle“ anfielen. Die Fusionskraftwerke, glaubt der Mecklenburger, lieferten „saubere und sichere Energie“.

Doch auch Fusionsreaktoren hinterlassen gefährlich strahlende Rückstände, die für Jahrzehnte sicher eingeschlossen werden müssen. Zwar entstehen dabei nicht wie bei konventionellen Spaltreaktoren die über Jahrtausende aktiven Alphastrahler, die in Castor-Behältern und Endlagern gesichert werden müssen. Aber durch ständigen Neutronenbeschuß der Reaktorstahlwände entsteht nach und nach eine hochradioaktive Halde von rund 2000 Kubikmeter Schrott. Zudem sammeln sich innerhalb von 30 Betriebsjahren weitere 4000 Kubikmeter mittelaktiven Atommülls an.

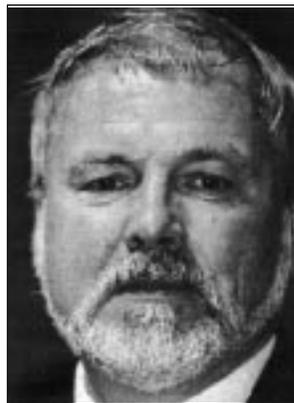
Das Risiko eines Reaktorunfalls, bei dem der Kern schmilzt und die sichernde Betonhülle gesprengt wird, gibt es beim Fusionsreaktor nicht. Aber mangels „Betriebserfahrungen“, so die Bundesregierung, seien „die Einzelrisiken der möglichen Unfälle“ bei der Fusion derzeit noch nicht zu bestimmen.

In einem Brief an Forschungsminister Rüttgers kündigte der Sozialdemokrat Ringstorff schon eine „Lex Iter“ im Landtag an. Im Auftrag des Wirtschaftsministeriums wird zum Preis von eineinhalb Millionen Mark bereits an der ersten Stufe einer Untersuchung gearbeitet, die über die Umweltverträglichkeit des Fusionsreaktors befinden soll.

Nicht nur für das Iter-Projekt wird derzeit ein Standort gesucht, sondern auch für einen deutsch-französischen Druckwasserreaktor der EPR-Klasse (European Pressurized Water Reactor), der als vergleichsweise sicherer Kernspalter gilt. Die Entwicklerfirma Nuclear Power International (NPI) in Paris, eine Tochter der Siemens AG und der französischen Framatome, prüft ein Dutzend Orte in Europa, die sie freilich alle

geheimhält. Geplanter Baubeginn für den EPR-Typ: das Jahr 1999. „Greifswald“, sagt ein NPI-Sprecher, „ist sicher ein geeigneter Bauplatz.“

Neben neuen Kraftwerken will die Bundesregierung auch Strahlenmüll nach Greifswald bringen lassen. Die Essener Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) errichtete bereits das „Zwischenlager Nord“, dicht am Kraftwerks-



A. SCHÖLZEL

Reaktorfreund Ringstorff

komplex gelegen. Die Hallen sollen im Endausbau 200 000 Kubikmeter Fassungsvermögen haben – genug, um den gesamten Atommüll der 19 deutschen Meiler aufnehmen zu können. Noch steht dieses ostdeutsche Gorleben leer, doch schon Anfang dieses Jahres soll laut Genehmigungsantrag der erste Atomschrott anrollen.

„Wir lagern nur atomare Abfälle aus ostdeutschen Kraftwerken ein“, versichert Manfred Meurer von den Energiewerken Nord, die das Lager zusammen mit der GNS betreiben. Auch die Schweriner Landesregierung beteuert, ausschließlich Ost-Atommüll werde angenommen – der Stoff aus West-Kernkraftwerken gehe nach der Wiederaufarbeitung in Frankreich und England weiterhin zur Lagerung ins nordrhein-westfälische Ahaus oder ins niedersächsische Gorleben.

Doch Wolfgang Baumann, Jurist des Bundes für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland (BUND), weiß aus internen GNS-Unterlagen, daß das Zwischenlager eine „universelle Anlage zur Bearbeitung und Verarbeitung radioaktiver Abfälle und Reststoffe“ sein soll.

Zudem heißt es im GNS-Antrag zum Bauvorbescheid vom 15. Juli 1992, das Zwischenlager Nord werde auch für „konditionierte Abfälle aus der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ gebaut. In den Hallen 6 und 7 sind die Krananlagen schon für großdimensionierte Transportfässer wie etwa Castor-Behälter ausgelegt.

Somit wäre die Anlage tauglich für nahezu jede Art von Strahlenmüll auch aus Westdeutschland oder Atomfabriken wie La Hague in Frankreich oder Sellafield in England. „Eine einzige Bundesanweisung verpflichtet die Mecklenburger, ihr Lager zu öffnen“, sagt Jurist Baumann. Sein Fazit: Die Landesregierung versuche, „die Bevölkerung einzulullen“.

Aus den GNS-Antragsunterlagen ergibt sich auch, daß das Lager keineswegs dicht sein wird: Aus den Lüftungsanlagen, in denen der Atommüll eingepackt werden soll, wird radioaktives Tritium, Krypton, Jod und Kohlenstoff-14 entweichen – ebenso wie bei der gescheiterten Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf.

Die Baugenehmigung für dieses europaweit größte atomare Zwischenlager wurde gleichwohl erteilt, als wär's ein Einfamilienhaus. Eine „öffentliche Bekanntgabe“ der Baupläne, so entschied die Kreisverwaltung Ostvorpommern, sei nach Gesetz nicht notwendig, da die „Rechtsbetroffenheit“ der Anrainer fehle.

Gegen die atomrechtliche Genehmigung hatten bis Ende 1995 über 10 000 Menschen Einspruch erhoben.

## Arbeit als Hobby

**Theo Waigels Steuerreform macht alles noch viel komplizierter: Nun drohen endlose Prozesse ums Arbeitszimmer.**

**D**er Brief eines greisen Millionärs bringt Finanzminister Theo Waigel in Verlegenheit. Ein paar Millionen, schrieb der Mann dem christsozialen Finanzminister, habe er auf einem Festgeldkonto angelegt, zu einem Zinssatz von fünf Prozent.

Waigel und seine Vorgänger sich mit ihrem Steuerrecht gebracht haben. Systemlose Änderungen am System, diktiert vom Druck der Lobby, eiliges Flickwerk, um Löcher im Haushalt zu stopfen: Ungerecht und allzu oft unverständlich ist der Zugriff des Fiskus auf die Taschen der Bürger und die Kassen der Wirtschaft.

Chaos Steuerrecht: Einerseits werden Reiche, wie zum Beispiel der Festgeld-Millionär, verfassungswidrig geschöpft. Doch andererseits zeigen Statistiken aus dem Finanzministerium, daß es gerade den Bestverdienenden gelingt, durch geschickte Steuergestaltung und die Nutzung von Steuersparmodellen ihren tatsächlichen Steuersatz weit unter dem Spitzenwert von 53 Prozent zu halten.

Das kommende Jahr bringt dem Bonner Kassenwart neue Turbulenzen. Waigel steht vor einer komplizierten Neuordnung des Erbschaft- und Vermögensteuerrechtes. Gleichzeitig hat er



**Finanzminister Waigel:** „Die Grenzen der Komplizierung überschritten“

Er wolle ja nicht klagen, formuliert der Steuerbürger in seinem Brief, aber das Verfassungsgericht habe in seinem Vermögensteuer-Beschluß 1995 doch festgelegt, der Staat müsse seinen Bürgern vom Ertrag ihres Vermögens nach Abzug aller Steuern mindestens ungefähr die Hälfte übriglassen. Nach Abzug von Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Vermögensteuer blieben ihm vom Festgeldertrag aber gerade mal 20 Prozent.

Ob er, fragt der Briefeschreiber in Bonn an, möglicherweise verfassungswidrig besteuert werde?

Er wartet noch auf Antwort. Der Extremfall offenbart, in welches Dilemma

noch eine Menge an Altlasten zu bewältigen. Die neuen Regeln für Arbeitszimmer, Dienstwagen und Zweitwohnsitz sind von Finanzbeamten und Steuerzahlern schwer zu handhaben. Steuerrechtler entdecken schon neue Verstöße gegen das Grundgesetz.

„Die Grenzen der Komplizierung“ seien erreicht, „wenn nicht gar überschritten“, hat selbst Theo Waigel zugeben müssen. Doch das Jahressteuergesetz 1996 „vereinfacht, klärt oder erleichtert gar nichts“, resümiert der Kölner Steuerberater Karl-Jürgen Klipper: „Vieles wird noch unsinniger.“

Dem Christsozialen und seinen Kollegen sei gelungen, urteilen auch die in